

Vorentwurf eines Erlasses der Regierung zur Abänderung des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 22. Juni 2006 über die Wahlvorschläge bei den Gemeinde- und Provinzialwahlen, die Benennung der Mitglieder der Wahlvorstände und zur Festlegung der Muster der Zähltabellen, der Tabellen mit den Ergebnissen der Stimmenaushaltungen und der Listenverbindungstabellen

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Aufgrund des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung, Artikel L4125-1 §5, L4125-1 bis 15, L4142-3 und L4142-4;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom [Datum];

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom [Datum];

Aufgrund des Gutachtens Nr. [Nummer] des Staatsrates, das am [Datum] in Anwendung von Artikel 84 §1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegeben wurde;

Auf Vorschlag des Ministers für lokale Behörden;

Nach Beratung,

Beschließt:

Artikel 1 – In der Überschrift des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 22. Juni 2006 über die Wahlvorschläge bei den Gemeinde- und Provinzialwahlen, die Benennung der Mitglieder der Wahlvorstände und zur Festlegung der Muster der Zähltabellen, der Tabellen mit den Ergebnissen der Stimmenaushaltungen und der Listenverbindungstabellen wird die Wortfolge „über die Wahlvorschläge bei den Gemeinde- und Provinzialwahlen, die Benennung der Mitglieder der Wahlvorstände und zur Festlegung der Muster der Zähltabellen, der Tabellen mit den Ergebnissen der Stimmenaushaltungen und der Listenverbindungstabellen“ durch die Wortfolge „über die Wahlvorschläge bei den Gemeinderatswahlen, die Bestellung der Mitglieder der Wahlvorstände, die Zähltabellen und die Stimmenaushaltung“ ersetzt.

Art. 2 – Artikel 3 desselben Erlasses wird aufgehoben.

Art. 3 – Artikel 4 desselben Erlasses wird aufgehoben.

Art. 4 – Artikel 17 desselben Erlasses wird aufgehoben.

Art. 5 – Artikel 18 desselben Erlasses wird aufgehoben.

Art. 6 – Artikel 19 desselben Erlasses wird aufgehoben.

Art. 7 – Die Überschrift von Kapitel 4 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:
„Kapitel 4 – Schlussbestimmungen“

Art. 8 – Artikel 23 desselben Erlasses wird aufgehoben.

Art. 9 – Muster 1 im Anhang desselben Erlasses wird durch den Anhang 1 des vorliegenden Erlasses ersetzt.

Art. 10 – Muster 2 im Anhang desselben Erlasses wird durch den Anhang 2 des vorliegenden Erlasses ersetzt.

Art. 11 – Die Muster 3, 4, 17, 18, 19 und 23 im Anhang desselben Erlasses werden aufgehoben.

Art. 12 – Vorliegender Erlass tritt am Tag seiner Veröffentlichung in Kraft.

Art. 13 – Der für lokale Behörden zuständige Minister wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident
O. PAASCH

Die Vize-Ministerpräsidentin, Ministerin für Kultur, Beschäftigung und Tourismus
I. WEYKMANS

Anhang 1 zum Erlass der Regierung zur Abänderung des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 22. Juni 2006 über die Wahlvorschläge bei den Gemeinde- und Provinzialwahlen, die Benennung der Mitglieder der Wahlvorstände und zur Festlegung der Muster der Zähltabellen, der Tabellen mit den Ergebnissen der Stimmenaushaltungen und der Listenverbindungstabellen

Muster 1. Von Wählern gemachter Wahlvorschlag

Provinz: LÜTTICH

Wahlkanton:

Gemeinde:

Wir Unterzeichnete, Gemeinderatswähler in der Gemeinde, schlagen die nachfolgend angegebenen Personen als Kandidaten für die am festgelegten Gemeinderatswahlen vor.

Das Listenkürzel oder Logo muss auf dem Stimmzettel über der Kandidatenliste stehen. (1)

Dieses Listenkürzel oder Logo bedeutet:

A. KANDIDATEN.

Vorschlagsreihenfolge der Kandidaten (Laufende Nummer)	Name der Kandidaten (2)	Vorname(n)	Geburtsdatum	Geschlecht (3)	Beruf	Nationalregisternummer	Hauptwohrt und vollständige Anschrift
1							
2							
3							
4							
5							
6							
7							
8							
9							
10							

Anmerkung: Das Format der Formulare muss den Eigenschaften eines jeden Wahlkreises angepasst werden. So muss (müssen) die Tabelle(n) der Anzahl der in einem gegebenen Wahlkreis zuzuteilenden Sitze angepasst werden. So müssen ebenfalls die Formulare der Wahlvorschlagserklärungen in so vielen Exemplaren benutzt werden, wie Unterschriften von vorschlagenden Wählern laut dem Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung (hiernach: Kodex) verlangt werden.

(1) Das Kürzel setzt sich aus den Anfangsbuchstaben entweder der gesamten Wörter oder eines Teils der Wörter zusammen, die die Bezeichnung der Kandidatenliste zusammenstellen. Es kann ein Akronym sein. Es kann ein Logogramm umfassen.



Das Kürzel besteht aus höchstens zwölf Buchstaben und/oder Zahlen und höchstens dreizehn Zeichen.

Den Wahlvorschlägen von Kandidaten, die sich auf ein geschütztes Listenkürzel und eine gemeinsame laufende Nummer berufen, muss die in Artikel L4142-32 des Kodex vorgeschriebene Bescheinigung beigelegt werden, damit sie das Listenkürzel und die gemeinsame laufende Nummer verwenden können.

Das Logo ist die grafische Darstellung des Namens der Liste.

(2) Der Name des Ehepartners oder des verstorbenen Ehepartners kann vor oder nach der Identität der bzw. des verheirateten oder verwitweten Kandidatin bzw. Kandidaten stehen.

Der Geburtsvorname des Kandidaten kann vom gebräuchlichen Vornamen gefolgt werden, soweit er mit einem anderen Kandidaten oder einer auf Ebene des Kreises bekannten Person nicht verwechselt werden kann.

So kann der Kreisvorstand einem Kandidaten erlauben, auf dem Plakat und dem Stimmzettel einen anderen Vornamen zu benutzen, sofern die nachstehenden Regeln beachtet werden:

1. Der Vorname, unter dem der Kandidat tatsächlich bekannt ist, ist nicht sein erster Vorname sondern ein anderer, der auf seiner Geburtsurkunde erwähnt ist: In diesem Fall erwähnt er den vollständigen Vornamen auf seiner Vorschlagsurkunde und gibt seinen Wunsch an, den gewählten Vornamen auf dem Stimmzettel drucken zu lassen;
2. Der Kandidat ist unter der Abkürzung eines seiner auf der Geburtsurkunde erwähnten Vornamen bekannt (z. B. Danny für Daniel): es wird wie für Nr. 1 vorgegangen;
3. Der Vorname, den er auf dem Stimmzettel gedruckt sehen möchte, gehört nicht zu den auf der Geburtsurkunde aufgeführten Vornamen: Der Kreisvorstand lässt diesen Vornamen zu auf der Grundlage einer vom Friedensrichter oder einem Notar ausgestellten Offenkundigkeitsurkunde; der Geburtsvorname des Kandidaten wird auf dem Stimmzettel vom gebräuchlichen Vornamen gefolgt.

Es dürfen nur so viele Kandidaten vorgeschlagen werden, wie Ratsmitglieder zu wählen sind.

Ein Kandidat darf nicht auf mehr als einer Liste in der Gemeinde vorgeschlagen werden.

Um als Gemeinderatsmitglied gewählt werden zu können, muss man:

1. spätestens am Tag des Wahlvorschlags Belgier oder Staatsangehöriger eines Mitgliedstaats der Europäischen Union sein. Die Art und Weise, wie die belgische Staatsangehörigkeit erlangt wurde (Geburt, Einbürgerung, Eheschließung, Option), spielt keine Rolle.
2. spätestens am Tag der Wahlen das 18. Lebensjahr vollendet haben;
3. spätestens bis zum im Bevölkerungsregister der Gemeinde eingetragen sein.

Nicht wählbar sind:

1. wem durch Verurteilung das Wahlbarkeitsrecht entzogen worden ist;
2. wer in Anwendung der Artikel L4121-2 und 3 des Kodex vom Wahlrecht ausgeschlossen ist oder dessen Wahlrecht ausgesetzt wurde;
3. Staatsangehörige anderer Mitgliedstaaten der Europäischen Union, denen nach dem Recht ihres Herkunftsmitgliedstaates infolge einer dort verkündeten zivilrechtlichen Einzelfallentscheidung oder strafrechtlichen Entscheidung das Wahlbarkeitsrecht aberkannt worden ist;



4. wer unbeschadet der Anwendung der in den Nrn. 1 und 2 erwähnten Bestimmungen verurteilt wurde, wenn auch nur mit Aufschub, wegen eines der in den Artikeln 240, 241, 243 und 245 bis 248 des Strafgesetzbuches vorgesehenen Verstöße, der in der Ausübung eines lokalen Amtes begangen wurde, wobei diese Nichtwählbarkeit zwölf Jahre nach der Verurteilung endet.

5. wer wegen im Gesetz vom 30. Juli 1981 zur Ahndung bestimmter Taten, denen Rassismus oder Xenophobie zugrunde liegen, erwähnter Straftaten oder auf der Grundlage des Gesetzes vom 23. März 1995 zur Ahndung der Leugnung, Verharmlosung, Rechtfertigung oder Billigung des während des Zweiten Weltkriegs vom deutschen nationalsozialistischen Regime verübten Völkermords verurteilt worden ist, wobei diese Nichtwählbarkeit achtzehn Jahre nach der Verurteilung endet;

6. wer unbeschadet der Anwendung der in den Nrn. 1 und 2 erwähnten Bestimmungen Verwalter einer Vereinigung zur Zeit der Taten war, aufgrund deren er wegen eines der im Gesetz vom 30. Juli 1981 oder im Gesetz vom 23. März 1995 vorgesehenen Verstöße verurteilt wurde, wobei diese Nichtwählbarkeit achtzehn Jahre nach der Verurteilung endet.

Diese Bestimmung wird nicht auf die Verwalter angewandt, die beweisen, dass sie die Tatsachen nicht kannten, auf denen die betroffene Verurteilung fußte, oder dass sie sofort ihre gesamten Ämter innerhalb der besagten juristischen Person niedergelegt haben, sobald sie Kenntnis davon gehabt haben.

7. wer seines Mandats in Anwendung der Artikel L1122-7 §2 oder L1123-17 §1 des Kodex verlustig geworden ist, wobei diese Nichtwählbarkeit sechs Jahre nach der Zustellung des die Amtsaberkennung feststellenden Beschlusses der Regierung oder ihres Beauftragten endet.

8. die Polizeibeamten, gemäß Artikel 127 des Gesetzes vom 7. Dezember 1998 zur Organisation eines auf zwei Ebenen strukturierten integrierten Polizeidienstes.

(3) In dieser Spalte geben Sie bitte M für Mann oder F für Frau an.

Auf jeder der Listen darf die Differenz zwischen der Anzahl der Kandidaten eines jeden Geschlechts nicht größer als eins sein.

Die ersten zwei Kandidaten dürfen nicht demselben Geschlecht angehören.

B. BEDINGUNGEN FÜR VORSCHLAGENDE WÄHLER.

Jeder Wähler, der einen Vorschlag macht, muss die diesem Formular beigelegte Erklärung ausfüllen und unterzeichnen. Jede individuelle Erklärung wird nummeriert und muss bei der Hinterlegung dieses Wahlvorschlagsformulars beim Wahlvorstand der Gemeinde beigelegt werden.

Wahlvorschläge müssen mindestens durch folgende Anzahl Gemeinderatswähler unterbreitet werden:

- 100 Gemeinderatswähler in Gemeinden mit 20.001 Einwohnern und mehr;
- 50 Gemeinderatswähler in Gemeinden mit 10.001 bis 20.000 Einwohnern;
- 30 Gemeinderatswähler in Gemeinden mit 5.001 bis 10.000 Einwohnern;
- 20 Gemeinderatswähler in Gemeinden mit 2.001 bis 5.000 Einwohnern;
- 10 Gemeinderatswähler in Gemeinden mit 500 bis 2.000 Einwohnern;
- 5 Gemeinderatswähler in Gemeinden mit weniger als 500 Einwohnern.

Vorschlagende Wähler müssen auf dem Wählerregister der betreffenden Gemeinde stehen.



Ein Wähler darf nicht mehr als einen Wahlvorschlag für ein und dieselbe Wahl unterzeichnen.

Um Wähler zu sein, müssen vier Bedingungen erfüllt sein:

1. spätestens am Tag der Wahlen Belgier sein. Die Art und Weise, wie die belgische Staatsangehörigkeit erlangt wurde (Geburt, Einbürgerung, Eheschließung, Option), spielt keine Rolle;

oder Staatsangehöriger eines anderen Mitgliedstaats der Europäischen Union sein, der die anderen Wahlberechtigungsbedingungen erfüllt und seinen Wunsch geäußert hat, dieses Wahlrecht in Belgien auszuüben;

oder Ausländer sein, insofern:

a) dieser Ausländer bei der Gemeinde, in der er seinen Hauptwohnsitz genommen hat, einen schriftlichen Antrag einreicht, in dem Folgendes angegeben wird:

- seine Staatsangehörigkeit;

- die Anschrift seines Hauptwohnsitzes;

- eine Erklärung, durch die der Antragsteller sich verpflichtet, die Verfassung, die Gesetze des belgischen Volkes und die Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten zu beachten;

b) dieser Ausländer zum Zeitpunkt der Einreichung seines Antrags geltend macht, dass er seit fünf Jahren ununterbrochen seinen Hauptwohnsitz in Belgien hat, der durch einen legalen Aufenthalt gedeckt wird;

2. spätestens am Tag der Wahlen das 18. Lebensjahr vollendet haben;

3. spätestens bis zum im Bevölkerungsregister der betroffenen Gemeinde eingetragen sein;

4. sich spätestens am Tag der Wahlen in keinem der in Artikeln L4121-2 und 3 des Kodex vorgesehenen Ausschluss- oder Aussetzungsfälle befinden.

Zu einer Kriminalstrafe (lebenslange Haft, Zwangsarbeit, Haft und Inhaftierung) Verurteilte sind endgültig vom Wahlrecht ausgeschlossen.

Fallen unter die Aussetzung des Wahlrechts:

1. wer gerichtlich entmündigt ist und wer unter verlängerte Minderjährigkeit gestellt ist (Artikel 489 bis 515 des Zivilgesetzbuches);

2. wer zu einer Gefängnisstrafe von mehr als vier Monaten verurteilt wurde, vorausgesetzt, dass die Strafe ohne Aufschub verhängt worden ist und gegen diese Strafe keine Berufung mehr eingelegt werden kann;

3. wer der Regierung durch Internierung zur Verfügung gestellt wurde.

Anlagen zum von Wählern gemachten Wahlvorschlag

Anlage 1 - Von Wählern abgegebene Wahlvorschlagserklärung

Provinz: LÜTTICH

Wahlkanton:

Gemeinde:

Laufende Nummer der Erklärung:

Der/die Unterzeichnete,

NAME (in Großbuchstaben):

Vorname(n):

Geschlecht:



Beruf:
Geburtsdatum:
Hauptwohnsitz: (Straße) (Nummer) (Briefkasten)
..... (Postleitzahl) (Gemeinde)
Nationalregisternummer:
eingetragen im Wählerregister der Gemeinde (bitte einen Auszug
aus dem Wählerregister beifügen), bestätigt hiermit, den Wahlvorschlag folgender Liste:
..... (Listenkürzel) für die Wahl des Gemeinderats am
..... (Datum der Wahl) zu unterstützen.

Eine eventuelle Bestellung als Parteizeuge oder als Ersatzzeuge nehme ich an / lehne ich
ab (Unzutreffendes bitte streichen).

..... (Ort), den (Datum)
Unterschrift,

Anlage 2 - Annahmeerklärung

Provinz: LÜTTICH
Wahlkanton:
Gemeinde:

Wir Unterzeichnete, von den unterzeichnenden Wählern des Wahlvorschlags am
..... für den Gemeinderat vorgeschlagene Kandidaten, erklären hier-
mit, die uns angebotenen Kandidaturen anzunehmen.

Im Hinblick auf die Bestimmung der gemeinsamen laufenden Nummer und des geschütz-
ten Listenkürzels, die unserer Liste zuzuteilen sind, erklären wir, dass wir uns dem von
..... ("regionale Listennummer") hinterlegten Listenverbindungs-
vorschlag anschließen. Dieser Erklärung wird die in Artikel L4142-32 des Kodex der lokalen
Demokratie und der Dezentralisierung erwähnte Bescheinigung beigelegt. (1) (2)

Zur Bestimmung der laufenden Nummer, die unserer Liste zuzuteilen ist, beantragen wir,
dieselbe Nummer zu erhalten, wie diejenige, die der im Hauptort der Provinz in
..... hinterlegten Liste ("provinziale Listen-
nummer") zugeteilt wird. Dieser Erklärung wird die in Artikel L4142-32 des Kodex der loka-
len Demokratie und der Dezentralisierung erwähnte Bescheinigung beigelegt. (1) (2)

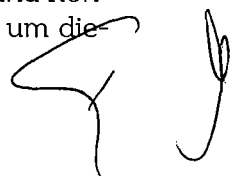
Wir erklären, dass wir:

1.
2.
3.

Wähler, die die Vorschlagsurkunde unserer Kandidaturen unterzeichnet haben, dazu er-
mächtigen, diese Urkunde zu hinterlegen.

Wir erklären ebenfalls, dass wir Herrn/Frau, Wähler(in) (oder
Kandidat(in)), als Zeugen/Zeugin und Herrn/Frau, Wähler(in) (o-
der Kandidat(in)), als Ersatzzeugen/Ersatzzeugin bestellen, um den Sitzungen des Gemein-
devorstands beizuwohnen.

Wir verpflichten uns, die Gesetzesbestimmungen in Bezug auf die Einschränkung und Kon-
trolle der Wahlausgaben zu befolgen und diese Ausgaben schriftlich anzumelden, um die-



se Erklärung innerhalb von 30 Tagen, die auf das Datum der Wahlen folgen, bei der Kanzlei des Gerichts erster Instanz des Gerichtsbezirks EUPEN zu hinterlegen.

Wir verpflichten uns, bei der Hinterlegung der Aufstellung unserer Ausgaben eine Erklärung in Bezug auf die Herkunft der Geldmittel beizufügen und die Identität der natürlichen Personen zu registrieren, die 125 Euro und mehr gespendet haben.

Innerhalb von 30 Tagen nach dem Datum der Wahlen übergibt der Spitzenkandidat die Aufstellung der Ausgaben für die Wahlwerbung der Liste, sowie die Herkunft der Geldmittel und registriert die Identität der natürlichen Personen, die 125 Euro und mehr gespendet haben.

Wir verpflichten uns, während der Wahlen und während unseres Mandats die demokratischen Grundsätze eines Rechtsstaates sowie die in der Verfassung, in der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950 und im Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19. Dezember 1966 eingetragenen Rechte und Freiheiten zu beachten.

..... (Ort), den (Datum)
Unterschrift der Kandidaten:

Name und Vorname(n) (3)	Unterschrift	Staatsangehörigkeit (4)	Hauptwohnsitz (4)

Außerdem erklären wir, dass wir in keiner lokalen Gebietskörperschaft der Grundstufe eines anderen Mitgliedstaats der Europäischen Union das Amt oder Mandat auszuüben, das dem eines Gemeinderatsmitglieds, eines Schöffen oder eines Bürgermeisters entspricht, dass wir in keinem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union ein Amt ausüben, das den in Artikel L1125-1 Absatz 1 Nrn. 1 bis 8 des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung erwähnten Ämtern entspricht und dass uns in unserem Herkunftsland das Wahlbarkeitsrecht weder aberkannt, noch dieses Recht ausgesetzt wurde.

..... (Ort), den (Datum)
Unterschrift der Kandidaten: (4)

-
- (1) Unzutreffendes bitte streichen.
 - (2) Dem Namen und Vornamen wird der Vermerk "Frau" oder "Herr" vorangestellt.
 - (3) Bitte einen Auszug aus dem Wählerregister beifügen, um nachzuweisen, dass die Kandidaten Wähler sind.
 - (4) Nur von den nichtbelgischen Kandidaten der Europäischen Union auszufüllen und zu unterzeichnen.



Anlage 3 - Empfangsbestätigung

Provinz: LÜTTICH

Wahlkanton:

Gemeinde:

Der Vorsitzende des Gemeindevorstands bescheinigt hiermit, am
eine Wahlvorschlagsurkunde für den Gemeinderat erhalten zu haben, die von
..... (1) hinterlegt wurde.

Diese Kandidaten sind: (1)

.....
.....
.....
.....
.....

In der Annahmeakte behalten sie sich das Recht vor:

- ☐ sich den in Artikel L4142-26 des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung vorgesehenen Listenverbindungsanschlüssen anzuschließen oder
- ☐ sich dem Vorschlag zum Erhalt der gleichen laufenden Nummer wie diejenige, die der im Hauptort der Provinz hinterlegten Liste zugeteilt wird, gemäß Artikel L4142-31 §1 des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung anzuschließen. (2)

..... (Ort), den (Datum)

Der Vorsitzende,

(1) Dem Namen und Vornamen wird der Vermerk "Frau" oder "Herr" vorangestellt.

(2) Zutreffendes bitte ankreuzen.

Anlage 4 - Verzeichnis der unterzeichnenden Wähler

Provinz: LÜTTICH

Wahlkanton:

Gemeinde:

Name und Vorname(n)	Nationalregisternummer	Annahme der Funktion eines Zeugen (ja/nein)

Gesehen, um dem Erlass der Regierung zur Abänderung des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 22. Juni 2006 über die Wahlvorschläge bei den Gemeinde- und Provinzialwahlen, die Benennung der Mitglieder der Wahlvorstände und zur Festlegung der Muster der Zähltabellen, der Tabellen mit den Ergebnissen der Stimmenausschätzungen und der Listenverbindungstabellen beigelegt zu werden.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident
O. PAASCH

Die Vize-Ministerpräsidentin, Ministerin für Kultur, Beschäftigung und Tourismus
I. WEYKMANS

Anhang 2 zum Erlass der Regierung zur Abänderung des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 22. Juni 2006 über die Wahlvorschläge bei den Gemeinde- und Provinzwahlen, die Benennung der Mitglieder der Wahlvorstände und zur Festlegung der Muster der Zähltabellen, der Tabellen mit den Ergebnissen der Stimmenausschätzungen und der Listenverbindungstabellen

Muster 2. Von ausscheidenden Ratsmitgliedern gemachter Wahlvorschlag

Provinz: LÜTTICH

Wahlkanton:

Gemeinde:

Wir Unterzeichnete, ausscheidende Gemeinderatsmitglieder von, schlagen die nachfolgend angegebenen Personen als Kandidaten für die am festgelegten Gemeinderatswahlen vor.

Das Listenkürzel oder Logo muss auf dem Stimmzettel über der Kandidatenliste stehen. (1)

Dieses Listenkürzel oder Logo bedeutet:

Wir bestellen die Kandidaten und, um diese Urkunde zu hinterlegen.

A. KANDIDATEN.

Vorschlagsreihenfolge der Kandidaten (Laufende Nummer)	Name der Kandidaten (2)	Vorname(n)	Geburtsdatum	Geschlecht (3)	Beruf	Nationalregisternummer	Hauptwohnort und vollständige Anschrift
1							
2							
3							
4							
5							
6							
7							
8							
9							
10							

Anmerkung: Das Format der Formulare muss den Eigenschaften eines jeden Wahlkreises angepasst werden. So muss (müssen) die Tabelle(n) der Anzahl der in einem gegebenen Wahlkreis zuzuteilenden Sitze angepasst werden. So müssen ebenfalls die Formulare der Wahlvorschlagserklärungen in so vielen Exemplaren benutzt werden wie Unterschriften von vorschlagenden Wählern laut dem Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung (hiernach: Kodex) verlangt werden.



(1) Das Kürzel setzt sich aus den Anfangsbuchstaben entweder der gesamten Wörter oder eines Teils der Wörter zusammen, die die Bezeichnung der Kandidatenliste zusammenstellen. Es kann ein Akronym sein. Es kann ein Logogramm umfassen.

Das Kürzel besteht aus höchstens zwölf Buchstaben und/oder Zahlen und höchstens dreizehn Zeichen.

Das Logo ist die grafische Darstellung des Namens der Liste.

(2) Der Name des Ehepartners oder des verstorbenen Ehepartners kann vor oder nach der Identität der bzw. des verheirateten oder verwitweten Kandidatin bzw. Kandidaten stehen.

Der Geburtsvorname des Kandidaten kann vom gebräuchlichen Vornamen gefolgt werden, soweit er mit einem anderen Kandidaten oder einer auf Ebene des Kreises bekannten Person nicht verwechselt werden kann.

So kann der Kreisvorstand einem Kandidaten erlauben, auf dem Plakat und dem Stimmzettel einen anderen Vornamen zu benutzen, sofern die nachstehenden Regeln beachtet werden:

1. Der Vorname, unter dem der Kandidat tatsächlich bekannt ist, ist nicht sein erster Vorname sondern ein anderer, der auf seiner Geburtsurkunde erwähnt ist: In diesem Fall erwähnt er den vollständigen Vornamen auf seiner Vorschlagsurkunde und gibt seinen Wunsch an, den gewählten Vornamen auf dem Stimmzettel drucken zu lassen;
2. Der Kandidat ist unter der Abkürzung eines seiner auf der Geburtsurkunde erwähnten Vornamen bekannt (z. B. Danny für Daniel): es wird wie für Nr. 1 vorgegangen;
3. Der Vorname, den er auf dem Stimmzettel gedruckt sehen möchte, gehört nicht zu den auf der Geburtsurkunde aufgeführten Vornamen: Der Kreisvorstand lässt diesen Vornamen zu auf der Grundlage einer vom Friedensrichter oder einem Notar ausgestellten Offenkundigkeitsurkunde; der Geburtsvorname des Kandidaten wird auf dem Stimmzettel vom gebräuchlichen Vornamen gefolgt.

Es dürfen nur so viele Kandidaten vorgeschlagen werden, wie Ratsmitglieder zu wählen sind.

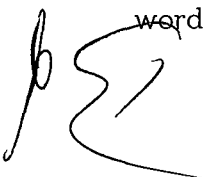
Ein Kandidat darf nicht auf mehr als einer Liste in der Gemeinde vorgeschlagen werden.

Um als Gemeinderatsmitglied gewählt werden zu können, muss man:

1. spätestens am Tag des Wahlvorschlags Belgier oder Staatsangehöriger eines Mitgliedstaats der Europäischen Union sein. Die Art und Weise, wie die belgische Staatsangehörigkeit erlangt wurde (Geburt, Einbürgerung, Eheschließung, Option), spielt keine Rolle.
2. spätestens am Tag der Wahlen das 18. Lebensjahr vollendet haben;
3. spätestens bis zum im Bevölkerungsregister der Gemeinde eingetragen sein.

Nicht wählbar sind:

1. wem durch Verurteilung das Wählbarkeitsrecht entzogen worden ist;
2. wer in Anwendung der Artikel L4121-2 und 3 des Kodex vom Wahlrecht ausgeschlossen ist oder dessen Wahlrecht ausgesetzt wurde;
3. Staatsangehörige anderer Mitgliedstaaten der Europäischen Union, denen nach dem Recht ihres Herkunftsmitgliedstaates infolge einer dort verkündeten zivilrechtlichen Einzelentscheidung oder strafrechtlichen Entscheidung das Wählbarkeitsrecht aberkannt worden ist;



4. wer unbeschadet der Anwendung der in den Nrn. 1 und 2 erwähnten Bestimmungen verurteilt wurde, wenn auch nur mit Aufschub, wegen eines der in den Artikeln 240, 241, 243 und 245 bis 248 des Strafgesetzbuches vorgesehenen Verstöße, der in der Ausübung eines lokalen Amtes begangen wurde, wobei diese Nichtwählbarkeit zwölf Jahre nach der Verurteilung endet.

5. wer wegen im Gesetz vom 30. Juli 1981 zur Ahndung bestimmter Taten, denen Rassismus oder Xenophobie zugrunde liegen, erwähnter Straftaten oder auf der Grundlage des Gesetzes vom 23. März 1995 zur Ahndung der Leugnung, Verharmlosung, Rechtfertigung oder Billigung des während des Zweiten Weltkriegs vom deutschen nationalsozialistischen Regime verübten Völkermords verurteilt worden ist, wobei diese Nichtwählbarkeit achtzehn Jahre nach der Verurteilung endet;

6. wer unbeschadet der Anwendung der in den Nrn. 1 und 2 erwähnten Bestimmungen Verwalter einer Vereinigung zur Zeit der Taten war, aufgrund deren er wegen eines der im Gesetz vom 30. Juli 1981 oder im Gesetz vom 23. März 1995 vorgesehenen Verstöße verurteilt wurde, wobei diese Nichtwählbarkeit achtzehn Jahre nach der Verurteilung endet.

Diese Bestimmung wird nicht auf die Verwalter angewandt, die beweisen, dass sie die Tatsachen nicht kannten, auf denen die betroffene Verurteilung fußte, oder dass sie sofort ihre gesamten Ämter innerhalb der besagten juristischen Person niedergelegt haben, sobald sie Kenntnis davon gehabt haben.

7. wer seines Mandats in Anwendung der Artikel L1122-7 §2 oder L1123-17 §1 des Kodex verlustig geworden ist, wobei diese Nichtwählbarkeit sechs Jahre nach der Zustellung des die Amtsaberkennung feststellenden Beschlusses der Regierung oder ihres Beauftragten endet.

8. die Polizeibeamten, gemäß Artikel 127 des Gesetzes vom 7. Dezember 1998 zur Organisation eines auf zwei Ebenen strukturierten integrierten Polizeidienstes.

(3) In dieser Spalte geben Sie bitte M für Mann oder F für Frau an.

Auf jeder der Listen darf die Differenz zwischen der Anzahl der Kandidaten eines jeden Geschlechts nicht größer als eins sein.

Die ersten zwei Kandidaten dürfen nicht demselben Geschlecht angehören.

B. VORSCHLAGENDE AUSSCHIEDENDE GEMEINDERATSMITGLIEDER.

Nummer	Namen der vorschlagenden Gemeinderatsmitglieder	Vorname(n)	Geburtsdatum	Geschlecht	Beruf	Hauptwohrt und vollständige Anschrift
1						
2						

Anlagen zum von ausscheidenden Ratsmitgliedern gemachten Wahlvorschlag

Anlage 1 - Von ausscheidenden Ratsmitgliedern gemachte Wahlvorschlagserklärung



Provinz: LÜTTICH

Wahlkanton:

Gemeinde:

Laufende Nummer der Erklärung:

Der/die Unterzeichnete,

NAME (in Großbuchstaben):

Vorname(n):

Geschlecht:

Beruf:

Geburtsdatum:

Hauptwohnsitz: (Straße) (Nummer) (Briefkasten)
..... (Postleitzahl) (Gemeinde)

Nationalregisternummer:

ausscheidendes Gemeinderatsmitglied, erklärt hiermit, dass er (sie) den Wahlvorschlag folgender Liste (Listenkürzel) für die Wahl des Gemeinderats am (Datum der Wahl) unterstützt.

Eine eventuelle Bestellung als Parteizeuge oder als Ersatzzeuge nehme ich an / lehne ich ab (Unzutreffendes bitte streichen).

..... (Ort), den (Datum)

Unterschrift,

Anlage 2 - Annahmeerklärung

Provinz: LÜTTICH

Wahlkanton:

Gemeinde:

Wir Unterzeichnete, von den ausscheidenden Gemeinderatsmitgliedern, deren Namen in der Wahlvorschlagsurkunde angeführt werden, vorgeschlagene Kandidaten erklären hiermit, die uns angebotenen Kandidaturen anzunehmen.

Im Hinblick auf die Bestimmung der gemeinsamen laufenden Nummer und des geschützten Listenkürzels, die unserer Liste zuzuteilen sind, erklären wir, dass wir uns dem von ("regionale Listennummer") hinterlegten Listenverbindungs-vorschlag anschließen. Dieser Erklärung wird die in Artikel L4142-32 des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung erwähnte Bescheinigung beigelegt. (1) (2)

Zur Bestimmung der laufenden Nummer, die unserer Liste zuzuteilen ist, beantragen wir, dieselbe Nummer zu erhalten, wie diejenige, die der im Hauptort der Provinz in hinterlegten Liste ("provinziale Listennummer") zugeteilt wird. Dieser Erklärung wird die in Artikel L4142-32 des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung erwähnte Bescheinigung beigelegt. (1) (2)

Wir erklären ebenfalls, dass wir Herrn/Frau, Wähler(in) (oder Kandidat(in)), als Zeugen/Zeugin und Herrn/Frau, Wähler(in) (oder Kandidat(in)), als Ersatzzeugen/Ersatzzeugin bestellen, um den Sitzungen des Gemeindevorstands beizuwohnen.



Wir verpflichten uns, die Gesetzesbestimmungen in Bezug auf die Einschränkung und Kontrolle der Wahlausgaben zu befolgen und diese Ausgaben schriftlich anzumelden, um diese Erklärung innerhalb von 30 Tagen, die auf das Datum der Wahlen folgen, bei der Kanzlei des Gerichts erster Instanz des Gerichtsbezirks EUPEN zu hinterlegen.

Wir verpflichten uns, bei der Hinterlegung der Aufstellung unserer Ausgaben eine Erklärung in Bezug auf die Herkunft der Geldmittel beizufügen und die Identität der natürlichen Personen zu registrieren, die 125 Euro und mehr gespendet haben.

Innerhalb von 30 Tagen nach dem Datum der Wahlen übergibt der Spitzenkandidat die Aufstellung der Ausgaben für die Wahlwerbung der Liste, sowie die Herkunft der Geldmittel und registriert die Identität der natürlichen Personen, die 125 Euro und mehr gespendet haben.

Wir verpflichten uns, während der Wahlen und während unseres Mandats die demokratischen Grundsätze eines Rechtsstaates sowie die in der Verfassung, in der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950 und im Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19. Dezember 1966 eingetragenen Rechte und Freiheiten zu beachten.

..... (Ort), den (Datum)

Unterschrift der Kandidaten:

Name und Vorname(n) (3)	Unterschrift	Staatsangehörigkeit (4)	Hauptwohnsitz (4)

Außerdem erklären wir, dass wir in keiner lokalen Gebietskörperschaft der Grundstufe eines anderen Mitgliedstaats der Europäischen Union das Amt oder Mandat auszuüben, das dem eines Gemeinderatsmitglieds, eines Schöffen oder eines Bürgermeisters entspricht, dass wir in keinem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union ein Amt ausüben, das den in Artikel L1125-1 Absatz 1 Nrn. 1 bis 8 des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung erwähnten Ämtern entspricht und dass uns in unserem Herkunftsland das Wählbarkeitsrecht weder aberkannt, noch dieses Recht ausgesetzt wurde.

..... (Ort), den (Datum)

Unterschrift der Kandidaten: (4)

(1) Unzutreffendes bitte streichen.

(2) Dem Namen und Vornamen wird der Vermerk "Frau" oder "Herr" vorangestellt.

(3) Bitte einen Auszug aus dem Wählerregister beifügen, um nachzuweisen, dass die Kandidaten Wähler sind.



(4) Nur von den nichtbelgischen Kandidaten der Europäischen Union auszufüllen und zu unterzeichnen.

Anlage 3 - Empfangsbestätigung

Provinz: LÜTTICH

Wahlkanton:

Gemeinde:

Der Vorsitzende des Gemeindevorstands bescheinigt hiermit, am
eine Wahlvorschlagsurkunde für den Gemeinderat erhalten zu haben, die von
..... (1) hinterlegt wurde.

Diese Kandidaten sind: (1)

.....
.....
.....
.....
.....

In der Annahmeakte behalten sie sich das Recht vor:

- ☐ sich den in Artikel L4142-26 des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung vorgesehenen Listenverbindungsanschlüssen anzuschließen oder
- ☐ sich dem Vorschlag zum Erhalt der gleichen laufenden Nummer wie diejenige, die der im Hauptort der Provinz hinterlegten Liste zugeteilt wird, gemäß Artikel L4142-31 §1 des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung anzuschließen. (2)

..... (Ort), den (Datum)
Der Vorsitzende,

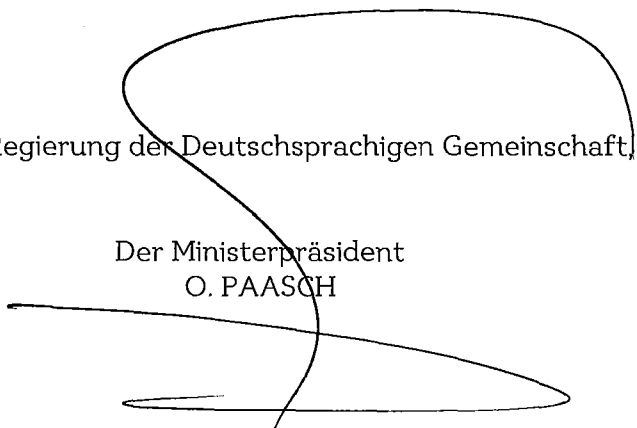
- (1) Dem Namen und Vornamen wird der Vermerk "Frau" oder "Herr" vorangestellt.
- (2) Zutreffendes bitte ankreuzen.

Gesehen, um dem Erlass der Regierung zur Abänderung des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 22. Juni 2006 über die Wahlvorschläge bei den Gemeinde- und Provinzwahlen, die Benennung der Mitglieder der Wahlvorstände und zur Festlegung der Muster der Zähltabellen, der Tabellen mit den Ergebnissen der Stimmenausschüttungen und der Listenverbindungsabellen beigefügt zu werden.

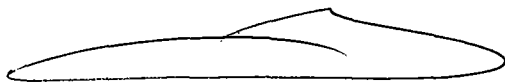
Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident
O. PAASCH



Die Vize-Ministerpräsidentin, Ministerin für Kultur, Beschäftigung und Tourismus
I. WEYKMANS

A handwritten signature in black ink, consisting of a long, horizontal, slightly wavy line with a small upward flick at the right end.A small, handwritten mark or signature in black ink, consisting of a few curved lines.

GOVERNEMENT DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

[Numéro de registre]

**Avant-projet d'arrêté du Gouvernement portant modification de l'arrêté du
Gouvernement wallon du 22 juin 2006 relatif à la présentation des candidatures aux
élections communales et provinciales, à la désignation des membres des bureaux
électorales et fixant les modèles des tableaux de dépouillement, de recensement, et
d'appareillement**

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu le Code de la démocratie locale et de la décentralisation, les articles L4125-1, § 5, L4125-1 à 15, L4143-3 et L4143-4;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le ...;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le ...;

Vu l'avis n° du Conseil d'État, donné le , en application de l'article 84, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2^o, des lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973;

Sur la proposition du Ministre des Pouvoirs locaux;

Après délibération,

Arrête :

Article 1^{er} – L'intitulé de l'arrêté du Gouvernement wallon du 22 juin 2006 relatif à la présentation des candidatures aux élections communales et provinciales, à la désignation des membres des bureaux électoraux et fixant les modèles des tableaux de dépouillement, de recensement, et d'appareillement est remplacé par ce qui suit :

« Arrêté du Gouvernement wallon relatif à la présentation des candidatures aux élections communales, à la désignation des membres des bureaux électoraux, aux tableaux de dépouillement et au recensement ».

Art. 2 – L'article 3 du même arrêté est abrogé.

Art. 3 – L'article 4 du même arrêté est abrogé.

Art. 4 – L'article 17 du même arrêté est abrogé.

Art. 5 – L'article 18 du même arrêté est abrogé.

Art. 6 – L'article 19 du même arrêté est abrogé.

Art. 7 – L'intitulé du chapitre 4 du même arrêté est remplacé par ce qui suit :
« Chapitre 4 – Dispositions finales ».

Art. 8 – L'article 23 du même arrêté est abrogé.

Art. 9 – Le modèle 1 figurant en annexe du même arrêté est remplacé par l'annexe 1^{re} au présent arrêté.

Art. 10 – Le modèle 2 figurant en annexe du même arrêté est remplacé par l'annexe 2 au présent arrêté.

Art. 11 – Les modèles 3, 4, 17, 18, 19 et 23 figurant en annexe du même arrêté sont abrogés.

Art. 12 – Le présent arrêté entre en vigueur le jour de sa publication.

Art. 13 – Le ministre compétent en matière de Pouvoirs locaux est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président
O. PAASCH

La Vice-Ministre-Présidente, Ministre de la Culture, de l'Emploi et du Tourisme
I. WEYKMANS

**Annexe 1 à l'arrêté du Gouvernement portant modification de l'arrêté du
Gouvernement wallon du 22 juin 2006 relatif à la présentation des candidatures aux
élections communales et provinciales, à la désignation des membres des bureaux
électorales et fixant les modèles des tableaux de dépouillement, de recensement, et
d'apparement**

Modèle 1 – Présentation de candidats par les électeurs

Province : LIÈGE

Canton électoral :

Commune :

Nous soussignés, électeurs communaux dans la commune de,
présentons les personnes mentionnées ci-dessous comme candidats pour l'élection
communale fixée au

Le sigle ou logo doit surmonter la liste des candidats sur le bulletin de vote (1).

Ce sigle ou logo signifie

A. CANDIDATS

Ordre de présentation des candidats (N° d'ordre)	Nom des candidats (2)	Prénoms	Date de naissance	Sexe (3)	Profession	N° du registre national	Résidence principale et adresse complète
1							
2							
3							
.....							
4							
.....							
5							
6							
.....							
7							
.....							
8							
.....							
9							
.....							
10							
.....							

Remarque : le format des formulaires doit être adapté aux caractéristiques de chaque circonscription. Ainsi, le (ou les) tableau(x) doit (doivent) être adapté(s) au nombre de sièges à pourvoir dans une circonscription donnée. De même, les formulaires de déclaration de présentation de candidats doivent être utilisés en autant d'exemplaires, que le Code de la démocratie locale et de la décentralisation (ci-après, dénommé Code) requiert de signatures d'électeurs présents.

(1) Le sigle est formé des initiales soit de tous les mots, soit d'une partie des mots qui composent la dénomination de la liste de candidats. Il peut être un acronyme. Il peut comporter un logogramme.

Le sigle est composé au plus de douze lettres et/ou chiffres et au plus de treize signes.

Les présentations de candidats qui se réclament d'un sigle protégé et d'un numéro d'ordre commun doivent être accompagnées de l'attestation prescrite à l'article L4142-32 du Code de la démocratie locale et de la décentralisation en vue de pouvoir bénéficier de l'application de cet usage.

Le logo est la représentation graphique du nom de la liste.

(2) L'identité du(de la) candidat(e), marié(e) ou veuf(ve), peut être précédée ou suivie du nom de son conjoint ou de son conjoint décédé.

Le prénom de naissance du candidat peut être suivi du prénom usuel, pour autant que cette mention ne permette pas de le confondre avec un autre candidat ou une personnalité connue au niveau de la circonscription.

Ainsi, le bureau de circonscription peut autoriser un candidat à faire usage sur l'affiche et le bulletin de vote d'un autre prénom, en appliquant les règles suivantes :

1° Le prénom sous lequel le candidat est effectivement connu n'est pas son premier prénom, mais un autre, repris sur son acte de naissance : dans ce cas, il mentionne le prénom complet sur son acte de présentation et indique son souhait de voir figurer en lieu et place sur le bulletin la mention choisie;

2° Le candidat est connu sous une abréviation de l'un de ses prénoms énumérés sur l'acte de naissance (p. ex., Danny pour Daniel) : il procède comme au point 1°;

3° Le prénom qu'il souhaite voir figurer sur le bulletin de vote ne fait pas partie de l'énumération des prénoms repris sur son acte de naissance : le bureau de circonscription admettra cette mention sur la foi d'un acte de notoriété délivré par le juge de paix ou un notaire; le prénom de naissance du candidat sera mentionné sur le bulletin suivi de son prénom usuel.

Le nombre de candidats ne peut être supérieur à celui des membres à élire dans la commune.

Un candidat ne peut se présenter sur plus d'une liste dans la commune.

Pour pouvoir être élu conseiller communal, il faut :

1° être Belge ou ressortissant d'un État membre de l'Union européenne au plus tard le jour de la présentation des candidatures. La manière dont la nationalité belge a été obtenue (naissance, naturalisation, mariage, option) ne joue aucun rôle;

2° être âgé de 18 ans accomplis au jour de l'élection;

3° être inscrit au registre de la population de la commune au plus tard au

.....
Ne sont pas éligibles :

1° ceux qui sont privés du droit d'éligibilité par condamnation;

2° ceux qui sont exclus ou suspendus de l'électorat par application des articles L4121-2 et 3 du Code;

3° les ressortissants des autres États membres de l'Union européenne qui, par l'effet d'une décision individuelle en matière civile ou d'une décision pénale prononcée dans leur État d'origine, sont déchus du droit d'éligibilité en vertu du droit de cet État;

4° ceux qui, sans préjudice de l'application des dispositions prévues aux 1° et 2°, ont été condamnés, même avec sursis, du chef de l'une des infractions prévues aux articles 240, 241, 243 et 245 à 248 du code pénal, commises dans l'exercice de fonctions locales, cette inéligibilité cessant douze ans après la condamnation;

5° ceux qui ont été condamnés pour des infractions visées par la loi du 30 juillet 1981 tendant à réprimer certains actes inspirés par le racisme et la xénophobie ou sur la base de la loi du 23 mars 1995 tendant à réprimer la négation, la minimisation, la justification ou l'approbation du génocide commis par le régime national-socialiste allemand pendant la seconde guerre mondiale, cette inéligibilité cessant dix-huit ans après la condamnation;

6° ceux qui, sans préjudice de l'application des dispositions prévues aux 1° et 2°, étaient administrateurs d'une association au moment des faits à la suite desquels elle a été condamnée, même avec sursis, pour l'une des infractions prévues par la loi du 30 juillet 1981 ou la loi du 23 mars 1995, cette inéligibilité cessant dix-huit ans après la condamnation;

Il n'est pas fait application de l'alinéa précédent aux administrateurs qui apportent la preuve qu'ils ne connaissaient pas les faits qui ont fondé la condamnation en cause ou que lorsqu'ils en ont eu connaissance, ils ont aussitôt démissionné de toutes leurs fonctions au sein de ladite personne morale.

7° ceux qui ont été déchus de leur mandat en application des articles L.1122-7, § 2 ou L.1123-17, § 1^{er}, cette inéligibilité cessant six ans après la notification de la décision du Gouvernement ou de son délégué constatant la déchéance;

8° les fonctionnaires de police, conformément à l'article 127 de la loi du 7 décembre 1998 organisant un service de police intégré, structuré à deux niveaux.

(3) Dans cette colonne, indiquer H pour un homme, F pour une femme.

Sur chacune des listes, l'écart entre le nombre des candidats de chaque sexe ne peut être supérieur à un.

Les deux premiers candidats ne peuvent être du même sexe.

B. CONDITIONS POUR LES ÉLECTEURS PRÉSENTANTS

Les électeurs qui font la présentation doivent chacun compléter et signer la déclaration annexée à ce formulaire. Chaque déclaration individuelle est numérotée et doit être jointe lors du dépôt de ce formulaire portant présentation de candidats auprès du bureau communal.

La présentation de candidats doit être faite par minimum :

- 100 électeurs communaux dans les communes de 20 001 habitants et plus;
- 50 électeurs communaux dans les communes de 10 001 à 20 000 habitants et plus;
- 30 électeurs communaux dans les communes de 5 001 à 10 000 habitants et plus;
- 20 électeurs communaux dans les communes de 2 001 à 5 000 habitants et plus;
- 10 électeurs communaux dans les communes de 500 à 2 000 habitants et plus;
- 5 électeurs communaux dans les communes de moins de 500 habitants.

Les électeurs qui font la présentation doivent figurer sur le registre des électeurs de la commune concernée.

Un électeur ne peut pas signer plus d'une présentation pour la même élection.

Pour être électeur, quatre conditions sont à remplir :

1° être Belge au plus tard le jour de l'élection. La manière dont la nationalité belge a été obtenue (naissance, naturalisation, mariage, option) ne joue aucun rôle;
ou être ressortissant d'un autre État membre de l'Union européenne réunissant les autres conditions de l'électorat et ayant manifesté sa volonté d'exercer ce droit de vote en Belgique;

ou être étranger pour autant que :

a) cet étranger introduise auprès de la commune dans laquelle il a établi sa résidence principale, une demande écrite mentionnant :

– sa nationalité;

– l'adresse de sa résidence principale;

– une déclaration par laquelle l'auteur de la demande s'engage à respecter la Constitution, les lois du peuple belge et la Convention de sauvegarde des droits de l'homme et des libertés fondamentales;

b) cet étranger fasse valoir, au moment de l'introduction de sa demande, cinq années ininterrompues de résidence principale en Belgique couvertes par un séjour légal ;

2° être âgé de 18 ans accomplis au jour de l'élection;

3° être inscrit au registre de la population de la commune concernée au plus tard au

4° ne pas se trouver, au plus tard le jour de l'élection, dans un des cas d'exclusion ou de suspension prévus aux articles L4121-2 et 3 du Code.

Les personnes condamnées à une peine criminelle (perpétuité, travaux forcés, détention et réclusion) sont définitivement exclues de l'électorat.

Sont frappés de la suspension du droit de vote :

1° ceux qui sont en état d'interdiction judiciaire et ceux qui sont placés sous statut de minorité prolongée (art. 489-515 du Code civil);

2° ceux qui ont été condamnés à une peine d'emprisonnement de plus de quatre mois, pour autant que la peine ait été prononcée sans sursis et qu'elle ne soit plus susceptible d'appel;

3° ceux qui ont été mis à la disposition du gouvernement sous la forme d'un internement.

Annexe à la présentation de candidats par des électeurs

Annexe 1^{re} – Déclaration de présentation de candidats par les électeurs

Province : LIÈGE

Canton électoral :

Commune :

Numéro d'ordre de la déclaration :

Je soussigné(e),

NOM (en majuscules) :

Prénom(s) :

Sexe :

Profession :

Date de naissance :

Résidence principale : (rue) (numéro) (boîte)
..... (code postal) (commune)

Numéro d'identification au registre national des personnes physiques :
.....,

inscrit au registre des électeurs de la commune de (joindre un extrait du registre des électeurs), déclare par la présente appuyer la présentation de candidats sur la liste suivante : (sigle) pour l'élection du conseil communal du (date des élections).

J'accepte/je n'accepte pas une éventuelle désignation comme témoin de parti ou témoin suppléant (biffer la mention inutile).

Fait à (lieu)....., le..... (date)
Signature,

Annexe 2 – Déclaration d'acceptation de candidatures

Province : LIÈGE
Canton électoral :
Commune :

Nous soussignés, candidats présentés pour le conseil communal par les électeurs signataires de l'acte, en date du, déclarons accepter les candidatures qui nous sont offertes.

En vue de la détermination du numéro d'ordre commun et du sigle protégé à attribuer à notre liste, nous déclarons adhérer à la proposition d'affiliation de listes déposée par (« numéro régional »). Il est joint à cette déclaration l'attestation visée à l'article L4142-32 du Code de la démocratie locale et de la décentralisation (1) (2).

Pour la détermination du numéro d'ordre à attribuer à notre liste, nous demandons à obtenir le même numéro que celui attribué à la liste, déposée au chef-lieu de province à (« numéro provincial »). Il est joint à cette déclaration l'attestation visée à l'article L4142-32 du Code de la démocratie locale et de la décentralisation (1) (2).

Nous déclarons autoriser :

- 1°
- 2°
- 3°

électeurs signataires de l'acte de présentation de nos candidatures, à effectuer le dépôt de cet acte.

Nous déclarons également désigner M., électeur (ou candidat), comme témoin et M., électeur (ou candidat), comme témoin suppléant, pour assister aux séances du bureau communal.

Nous nous engageons à respecter les dispositions légales relatives à la limitation et au contrôle des dépenses électorales et à déclarer ces dépenses par écrit en vue de déposer cette déclaration, dans les trente jours qui suivent la date des élections, au greffe du tribunal de première instance de l'arrondissement judiciaire d'EUPEN.

Nous nous engageons, lors de la remise du relevé de nos dépenses, à joindre une déclaration relative à l'origine des fonds et à enregistrer l'identité des personnes physiques qui ont fait des dons de 125 euros et plus.

Dans les trente jours suivant la date des élections, le candidat en tête de liste remettra le relevé des dépenses de propagande électorale de la liste ainsi que l'origine des fonds et y enregistrera l'identité des personnes physiques qui ont fait des dons de 125 euros et plus.

Nous nous engageons à respecter, au cours des élections et durant notre mandat, les principes démocratiques d'un État de droit ainsi que les droits et libertés inscrits dans la Constitution, dans la Convention de sauvegarde des droits de l'homme et des libertés fondamentales du 4 novembre 1950 et dans le Pacte international relatif aux droits civils et politiques du 19 décembre 1966.

Fait à (lieu)....., le..... (date)

Signature des candidats :

Nom et Prénom(s) (3)	Signature	Nationalité (4)	Résidence principale (4)

Nous déclarons en outre ne pas exercer de fonction ou de mandat équivalent à celui de conseiller communal, échevin ou bourgmestre dans une collectivité locale de base d'un autre État membre de l'Union européenne, ne pas exercer dans un autre État membre de l'Union européenne des fonctions équivalentes à celles visées à l'article L1125-1, alinéa 1^{er}, 1° à 8°, du Code de la démocratie locale et de la décentralisation et ne pas être déchu ni suspendus du droit d'éligibilité dans notre État d'origine.

Fait à (lieu)....., le..... (date)

Signature des candidats (4) :

(1) Biffer les mentions non applicables.

(2) Les nom et prénom sont précédés de la mention : Madame (Mme) ou Monsieur (M.).

(3) Joindre un extrait du registre des électeurs démontrant que les candidats sont électeurs.

(4) À ne remplir ou signer que par les candidats non Belges de l'Union européenne.

Annexe 3 – Récépissé

Province : LIÈGE

Canton électoral :

Commune :

Le président du bureau communal reconnaît avoir reçu le, un acte de
présentation de candidatures pour le conseil communal, déposé par (1)
.....

Ces candidats sont (1) :

.....

.....

.....

.....

.....

Dans l'acte d'acceptation, ils se réservent le droit :

- ☐ d'adhérer aux propositions d'affiliation de listes prévues à l'article L4142-26 du Code de la démocratie locale et de la décentralisation ou
- ☐ d'adhérer à la proposition d'obtention du même numéro d'ordre que celui attribué à une liste, déposée au chef-lieu de province, conformément à l'article L4142-31, § 1^{er}, du Code de la démocratie locale et de la décentralisation (2).

Fait à (lieu)....., le..... (date)

Le président,

■■■■■

(1) Les nom et prénom sont précédés de la mention : Madame (Mme) ou Monsieur (M.).

(2) Cocher la mention qui convient.

Annexe 4 – Relevé des électeurs signataires

Province : LIÈGE

Canton électoral :

Commune :

[illegible]

Vu pour être annexé à l'arrêté du Gouvernement portant modification de l'arrêté du Gouvernement wallon du 22 juin 2006 relatif à la présentation des candidatures aux élections communales et provinciales, à la désignation des membres des bureaux électoraux et fixant les modèles des tableaux de dépouillement, de recensement, et d'appareillement

Eupen, le

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président
O. PAASCH

La Vice-Ministre-Présidente, Ministre de la Culture, de l'Emploi et du Tourisme
I. WEYKMANS

**Annexe 2 à l'arrêté du Gouvernement portant modification de l'arrêté du
Gouvernement wallon du 22 juin 2006 relatif à la présentation des candidatures aux
élections communales et provinciales, à la désignation des membres des bureaux
électorales et fixant les modèles des tableaux de dépouillement, de recensement, et
d'appareillement**

Modèle 2 – Présentation de candidats par des conseillers sortants

Province : LIÈGE

Canton électoral :

Commune :

Nous soussignés, conseillers sortants dans la commune de, présentons
les personnes mentionnées ci-dessous comme candidats pour l'élection communale fixée
au

Le sigle ou logo doit surmonter la liste des candidats sur le bulletin de vote (1).

Ce sigle ou logo signifie

Nous désignons les candidats et pour effectuer
le dépôt de cet acte.

A. CANDIDATS

Ordre de présentation des candidats (N° d'ordre)	Nom des candidats (2)	Prénoms	Date de naissance	Sexe (3)	Profession	N° du registre national	Résidence principale et adresse complète
1							
2							
3							
4							
5							
6							
7							
8							
9							
10							

*Remarque : le format des formulaires doit être adapté aux caractéristiques de chaque
circonscription. Ainsi, le (ou les) tableau(x) doit (doivent) être adapté(s) au nombre de
sièges à pourvoir dans une circonscription donnée. De même, les formulaires de
déclaration de présentation de candidats doivent être utilisés en autant d'exemplaires*

que le Code de la démocratie locale et de la décentralisation (ci-après, dénommé Code) requiert de signatures d'électeurs présents.

(1) Le sigle est formé des initiales soit de tous les mots, soit d'une partie des mots qui composent la dénomination de la liste de candidats. Il peut être un acronyme. Il peut comporter un logogramme.

Le sigle est composé au plus de douze lettres et/ou chiffres et au plus de treize signes.

Le logo est la représentation graphique du nom de la liste.

(2) L'identité du(de la) candidat(e), marié(e) ou veuf(ve), peut être précédée ou suivie du nom de son conjoint ou de son conjoint décédé.

Le prénom de naissance du candidat peut être suivi du prénom usuel, pour autant que cette mention ne permette pas de le confondre avec un autre candidat ou une personnalité connue au niveau de la circonscription.

Ainsi, le bureau de circonscription peut autoriser un candidat à faire usage sur l'affiche et le bulletin de vote d'un autre prénom, en appliquant les règles suivantes :

1° Le prénom sous lequel le candidat est effectivement connu n'est pas son premier prénom, mais un autre, repris sur son acte de naissance : dans ce cas, il mentionne le prénom complet sur son acte de présentation et indique son souhait de voir figurer en lieu et place sur le bulletin la mention choisie;

2° Le candidat est connu sous une abréviation de l'un de ses prénoms énumérés sur l'acte de naissance (p. ex., Danny pour Daniel) : il procède comme au point 1°;

3° Le prénom qu'il souhaite voir figurer sur le bulletin de vote ne fait pas partie de l'énumération des prénoms repris sur son acte de naissance : le bureau de circonscription admettra cette mention sur la foi d'un acte de notoriété délivré par le juge de paix ou un notaire; le prénom de naissance du candidat sera mentionné sur le bulletin suivi de son prénom usuel.

Le nombre de candidats ne peut être supérieur à celui des membres à élire dans la commune.

Un candidat ne peut se présenter sur plus d'une liste dans la commune.

Pour pouvoir être élu conseiller communal, il faut :

1° être Belge ou ressortissant d'un État membre de l'Union européenne au plus tard le jour de la présentation des candidatures. La manière dont la nationalité belge a été obtenue (naissance, naturalisation, mariage, option) ne joue aucun rôle;

2° être âgé de 18 ans accomplis au jour de l'élection;

3° être inscrit au registre de la population de la commune au plus tard au

Ne sont pas éligibles :

1° ceux qui sont privés du droit d'éligibilité par condamnation;

2° ceux qui sont exclus ou suspendus de l'électorat par application des articles L4121-2 et 3;

3° les ressortissants des autres États membres de l'Union européenne qui, par l'effet d'une décision individuelle en matière civile ou d'une décision pénale prononcée dans leur État d'origine, sont déchus du droit d'éligibilité en vertu du droit de cet État;

4° ceux qui, sans préjudice de l'application des dispositions prévues aux 1° et 2°, ont été condamnés, même avec sursis, du chef de l'une des infractions prévues aux articles 240,

241, 243 et 245 à 248 du code pénal, commises dans l'exercice de fonctions locales, cette inéligibilité cessant douze ans après la condamnation;

5° ceux qui ont été condamnés pour des infractions visées par la loi du 30 juillet 1981 tendant à réprimer certains actes inspirés par le racisme et la xénophobie ou sur la base de la loi du 23 mars 1995 tendant à réprimer la négation, la minimisation, la justification ou l'approbation du génocide commis par le régime national-socialiste allemand pendant la seconde guerre mondiale, cette inéligibilité cessant dix-huit ans après la condamnation;

6° ceux qui, sans préjudice de l'application des dispositions prévues aux 1° et 2°, étaient administrateurs d'une association au moment des faits à la suite desquels elle a été condamnée, même avec sursis, pour l'une des infractions prévues par la loi du 30 juillet 1981 ou la loi du 23 mars 1995, cette inéligibilité cessant dix-huit ans après la condamnation;

Il n'est pas fait application de l'alinéa précédent aux administrateurs qui apportent la preuve qu'ils ne connaissaient pas les faits qui ont fondé la condamnation en cause ou que lorsqu'ils en ont eu connaissance, ils ont aussitôt démissionné de toutes leurs fonctions au sein de ladite personne morale.

7° ceux qui ont été déchus de leur mandat en application des articles L1122-7, § 2 ou L1123-17, § 1^{er}, cette inéligibilité cessant six ans après la notification de la décision du Gouvernement ou de son délégué constatant la déchéance;

8° les fonctionnaires de police, conformément à l'article 127 de la loi du 7 décembre 1998 organisant un service de police intégré, structuré à deux niveaux.

(3) Dans cette colonne, indiquer H pour un homme, F pour une femme.

Sur chacune des listes, l'écart entre le nombre des candidats de chaque sexe ne peut être supérieur à un.

Les deux premiers candidats ne peuvent être du même sexe.

B. CONSEILLERS COMMUNAUX SORTANTS QUI FONT LA PRÉSENTATION

Numéro	Noms des conseillers communaux présentants	Prénoms	Date de naissance	Sexe	Profession	Résidence principale et adresse complète
1						
2						

Annexes à la présentation de candidats par des conseillers communaux sortants

Annexe 1^{re} – Déclaration de présentation de candidats par des conseillers communaux sortants

Province : LIÈGE

Canton électoral :

Commune :

Numéro d'ordre de la déclaration :

Je soussigné(e),

NOM (en majuscules) :

Prénom(s) :

Sexe :

Profession :

Date de naissance :

Résidence principale : (rue) (numéro) (boite)

..... (code postal) (commune)

Numéro d'identification au registre national des personnes physiques :

.....

conseiller communal sortant, déclare par la présente appuyer la présentation de candidats sur la liste suivante : (sigle) pour l'élection du conseil communal du (date des élections).

J'accepte/je n'accepte pas une éventuelle désignation comme témoin de parti ou témoin suppléant (biffer la mention inutile).

Fait à (lieu)....., le..... (date)

Signature,

Annexe 2 – Déclaration d'acceptation de candidatures

Province : LIÈGE

Canton électoral :

Commune :

Nous soussignés, candidats présentés pour le conseil communal par les conseillers communaux sortants mentionnés dans l'acte de présentation, déclarons accepter les candidatures qui nous sont offertes.

En vue de la détermination du numéro d'ordre commun et du sigle protégé à attribuer à notre liste, nous déclarons adhérer à la proposition d'affiliation de listes déposée par (« numéro régional »). Il est joint à cette déclaration l'attestation visée à l'article L4142-32 du Code de la démocratie locale et de la décentralisation (1) (2).

Pour la détermination du numéro d'ordre à attribuer à notre liste, nous demandons à obtenir le même numéro que celui attribué à la liste, déposée au chef-lieu de province à (« numéro provincial »). Il est joint à cette déclaration l'attestation visée à l'article L4142-32 du Code de la démocratie locale et de la décentralisation. (1) (2)

Nous déclarons également désigner M., électeur (ou candidat), comme témoin et M., électeur (ou candidat), comme témoin suppléant, pour assister aux séances du bureau communal.

Nous nous engageons à respecter les dispositions légales relatives à la limitation et au contrôle des dépenses électorales et à déclarer ces dépenses par écrit en vue de déposer

cette déclaration, dans les trente jours qui suivent la date des élections, au greffe du tribunal de première instance de l'arrondissement judiciaire d'EUPEN.

Nous nous engageons, lors de la remise du relevé de nos dépenses, à joindre une déclaration relative à l'origine des fonds et à enregistrer l'identité des personnes physiques qui ont fait des dons de 125 euros et plus.

Dans les trente jours suivant la date des élections, le candidat en tête de liste remettra le relevé des dépenses de propagande électorale de la liste ainsi que l'origine des fonds et y enregistrera l'identité des personnes physiques qui ont fait des dons de 125 euros et plus.

Nous nous engageons à respecter, au cours des élections et durant notre mandat, les principes démocratiques d'un État de droit ainsi que les droits et libertés inscrits dans la Constitution, dans la Convention de sauvegarde des droits de l'homme et des libertés fondamentales du 4 novembre 1950 et dans le Pacte international relatif aux droits civils et politiques du 19 décembre 1966.

Fait à (lieu)....., le..... (date)

Signature des candidats :

Nom et Prénom(s) (3)	Signature	Nationalité (4)	Résidence principale (4)

Nous déclarons en outre ne pas exercer de fonction ou de mandat équivalent à celui de conseiller communal, échevin ou bourgmestre dans une collectivité locale de base d'un autre État membre de l'Union européenne, ne pas exercer dans un autre État membre de l'Union européenne des fonctions équivalentes à celles visées à l'article L1125-1, alinéa 1^{er}, 1^o à 8^o, du Code de la démocratie locale et de la décentralisation et ne pas être déchus ni suspendus du droit d'éligibilité dans notre État d'origine.

Fait à (lieu)....., le..... (date)

Signature des candidats : (4)

(1) Biffer les mentions non applicables.

(2) Les nom et prénom sont précédés de la mention : Madame (Mme) ou Monsieur (M.).

(3) Joindre un extrait du registre des électeurs démontrant que les candidats sont électeurs.

(4) À ne remplir ou signer que par les candidats non Belges de l'Union européenne.

Annexe 3 – Récépissé

Province : LIÈGE

Canton électoral :

Commune :

Le président du bureau communal reconnaît avoir reçu le, un acte de présentation de candidatures pour le conseil communal, déposé par (1)

Ces candidats sont (1) :

.....
.....
.....
.....
.....

Dans l'acte d'acceptation, ils se réservent le droit :

- ☐ d'adhérer aux propositions d'affiliation de listes prévues à l'article L4142-26 du Code de la démocratie locale et de la décentralisation ou
- ☐ d'adhérer à la proposition d'obtention du même numéro d'ordre que celui attribué à une liste, déposée au chef-lieu de province, conformément à l'article L4142-31, § 1^{er}, du Code de la démocratie locale et de la décentralisation (2).

Fait à (lieu)....., le..... (date)

Le président,

(1) Les nom et prénom sont précédés de la mention : Madame (Mme) ou Monsieur (M.).

(2) Cocher la mention qui convient.

Vu pour être annexé à l'arrêté du Gouvernement portant modification de l'arrêté du Gouvernement wallon du 22 juin 2006 relatif à la présentation des candidatures aux élections communales et provinciales, à la désignation des membres des bureaux électoraux et fixant les modèles des tableaux de dépouillement, de recensement, et d'appareillement.

Eupen, le

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président
O. PAASCH

La Vice-Ministre-Présidente, Ministre de la Culture, de l'Emploi et du Tourisme
I. WEYKMANS